

8. Juli 2020

Postulat

von Balz Bürgisser (Grüne)
und Markus Knauss (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Abschnitte von kommunalen Strassen bei Schulanlagen in Begegnungszonen umgewandelt werden können.

Begründung:

Die Regensbergstrasse in Zürich-Oerlikon teilt die Schulanlage Liguster und die Schulanlage Halde B. Beide Schulanlagen gehören zur Sekundarschule Liguster. Wenn die Schülerinnen und Schüler, die im Schulhaus Halde B unterrichtet werden, in der grossen Pause oder über Mittag spielen und sich bewegen möchten, benützen sie den Pausenplatz auf der gegenüberliegenden Strassenseite. Sie überqueren wild die Strasse, um baldmöglichst auf dem Pausenplatz zu sein. Das ist selbst in einer Tempo-30-Zone gefährlich, denn die Autos haben Vortritt. Ähnlich ist die Situation bei der Primarschule Wollishofen. Auf der einen Seite der Kilchbergstrasse befindet sich das Schulhaus, auf der andern Seite der dreigeschossige „Züri Modular“-Pavillon, der zur Schule gehört. Viele Kinder überqueren die Strasse - frühmorgens, in der Pause und über Mittag. Dabei benützen nicht alle den Fussgängerstreifen. So kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen mit vorbeifahrenden Autos, die manchmal zu schnell unterwegs sind. Zudem hat es auf beiden Seiten der Kilchbergstrasse Horte, und auch die Sekundarschule Hans Asper befindet sich am gleichen Strassenabschnitt.

Die exemplarisch beschriebenen Situationen treten an verschiedenen Orten in der Stadt Zürich auf. Kommunale Strassen führen an Schulhäusern vorbei. Da genügen Tempo-30-Zonen nicht, um die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Würden Begegnungszonen eingerichtet, wäre die Situation für alle am Schulleben Beteiligten entspannter; denn in einer Begegnungszonen ist die Geschwindigkeit auf 20 km/h beschränkt.

Da die Anzahl Schülerinnen und Schülern stark wächst, werden sich die beschriebenen Probleme in nächster Zeit verschärfen. Daher fordern wir den Stadtrat auf, auf kommunalen Strassen bei Schulanlagen baldmöglichst Begegnungszonen einzurichten – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

B. Bürgisser

M. Knauss